

Verordnung zum Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV

Vom 18. Dezember 2007 (Stand 1. Juli 2017)

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft,

gestützt auf die §§ 2, 2a Absatz 1, 2c Absatz 1 sowie 16 Absatz 2 des Ergänzungsleistungsgesetzes vom 15. Februar 1973¹⁾ zur AHV und IV,

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltendmachung des Anspruchs

¹ Der Anspruch auf eine Ergänzungsleistung wird durch Einreichung des ausgefüllten und unterschriebenen Anmeldeformulars und der erforderlichen Unterlagen und Ausweise bei der Gemeindegewaltstelle der kantonalen Ausgleichskasse am Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person geltend gemacht.

² Zur Einreichung des Anmeldeformulars befugt sind die oder der Rentenberechtigte, die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter, die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Partnerin oder der eingetragene Partner, die Blutsverwandten in auf- und absteigender Linie, die Geschwister sowie die Sozialhilfebehörden und die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.*

³ Die Gemeindegewaltstellen leiten das Gesuch nach Prüfung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der versicherten Person an die kantonale Ausgleichskasse weiter.

⁴ Die kantonale Ausgleichskasse entscheidet durch Verfügung.

§ 2 Aufgaben der Gemeindegewaltstellen

¹ Die Gemeindegewaltstelle hat derjenigen Person, die für sich oder einer Drittperson eine Ergänzungsleistung geltend macht, nötigenfalls beim Ausfüllen des Anmeldeformulars behilflich zu sein.

1) GS 25.130, SGS [833](#)

² Erhält die Gemeindezweigstelle am Wohnsitz der anspruchsberechtigten Person Kenntnis von Änderungen der persönlichen Verhältnisse, von wesentlichen Änderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse oder von Adressänderungen der anspruchsberechtigten Person oder derjenigen Familienglieder, die in die Berechnung der Ergänzungsleistung einbezogen werden, so hat sie diese von sich aus der kantonalen Ausgleichskasse zu melden.

§ 3 Publikationen, Formulare

¹ Die kantonale Ausgleichskasse erlässt die für die Durchführung des Gesetzes erforderlichen Publikationen und erstellt die amtlichen Formulare.

2 Heime

§ 4 * Anrechenbare Kosten in Alters- und Pflegeheimen sowie in Spitälern

¹ Bei Personen, welche in Alters- und Pflegeheimen, die auf der Pflegeheimliste des Kanton Basel-Landschaft aufgeführt sind und die mit einer oder mehreren Gemeinden einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben, sowie bei Personen, die in den Kantonsspitälern und den Kantonalen Psychiatrischen Diensten leben, werden bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen der Kostenanteil der versicherten Person für Pflegeleistungen sowie die jeweiligen Taxen für Unterbringung und Betreuung angerechnet.

² Bei Personen, welche in anderen Einrichtungen leben, werden der Kostenanteil der versicherten Person für Pflegeleistungen sowie höchstens die nachfolgenden Beiträge pro Tag für Unterbringung und Betreuung angerechnet:

a.	in der Pflegebedarfsstufe 1	CHF 220
b.	in der Pflegebedarfsstufe 2	CHF 235
c.	in der Pflegebedarfsstufe 3	CHF 250
d.	in der Pflegebedarfsstufe 4	CHF 265
e.	in der Pflegebedarfsstufe 5	CHF 275
f.	in der Pflegebedarfsstufe 6	CHF 285
g.	in der Pflegebedarfsstufe 7	CHF 295
h.	in der Pflegebedarfsstufe 8	CHF 305
i.	in der Pflegebedarfsstufe 9	CHF 315
j.	in der Pflegebedarfsstufe 10	CHF 320
k.	in der Pflegebedarfsstufe 11	CHF 325
l.	in der Pflegebedarfsstufe 12	CHF 330

³ Bei Personen, die in ausserkantonalen Einrichtungen leben, werden die Taxen für Pflegeleistungen einerseits sowie für Unterbringung und Betreuung andererseits nach den im Kanton Basel-Landschaft geltenden Regelungen aufgeteilt und gemäss Absatz 2 angerechnet.

§ 5 Persönliche Auslagen

¹ Der anrechenbare Betrag für persönliche Auslagen der in Heimen oder Spitälern lebenden Personen beträgt 360 Franken pro Monat.

3 Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten

3.1 Allgemeine Bestimmungen

§ 6 Regelungsbereich und Zuständigkeit *

¹ Die §§ 7 - 24 regeln die Kosten, die gemäss Artikel 14 Absatz 1 die Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2006²⁾ über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) vergütet werden.

² Die kantonale Ausgleichskasse legt die Vergütungen fest und richtet sie aus. *

³ Sie führt vor der Festlegung eine Bedarfsabklärung durch und kann dazu externe Fachpersonen beiziehen. *

§ 7 Zeitlich massgebende Kosten

¹ Ausgewiesene Krankheits-, Behinderungs- und Hilfsmittelkosten werden für dasjenige Kalenderjahr vergütet, in dem sie entstanden sind.

§ 8 Einreichungsfrist

¹ Die Kosten gemäss § 7 werden vergütet, wenn:

- a. * die Vergütung innert 15 Monaten nach Rechnungsstellung geltend gemacht wird; und
- b. die Kosten in einem Zeitabschnitt entstanden sind, während dem Anspruch auf Ergänzungsleistungen bestanden hat.

§ 9 * Höchstbeiträge für Krankheits- und Behinderungskosten

¹ Für die zusätzlich zur jährlichen Ergänzungsleistung vergütungsberechtigten Krankheits- und Behinderungskosten gelten die in der Bundesgesetzgebung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vorgesehenen Ansätze als Höchstbeiträge.

2) SR [831.30](#)

§ 10 Verhältnis zu Leistungen anderer Versicherungen

¹ Anspruch auf Vergütung der Kosten gemäss Art. 14 ELG³⁾ besteht nur im Rahmen einer einfachen, wirtschaftlichen und zweckmässigen Leistungserbringung sowie unter der Voraussetzung, dass nicht andere Versicherungen für die Kosten aufkommen. *

² Von den anerkannten Kosten für die Betreuung gemäss den §§ 19a bis 19d werden die monatlichen Hilfslosenentschädigungen der AHV/IV und der Unfallversicherung sowie der monatliche Assistenzbeitrag der IV abgezogen. *

^{2bis} Kein Abzug gemäss Absatz 2 erfolgt, wenn die Hilfslosenentschädigung an den Kantonsbeiträgen gemäss der Behindertenhilfegesetzgebung abgezogen worden ist. *

³ Hat die Krankenversicherung für ihre Vergütung von Pflege- und Betreuungskosten zu Hause die Hilfslosenentschädigung der IV oder der Unfallversicherung angerechnet, so wird die Hilfslosenentschädigung im Umfang der Anrechnung nicht von den ausgewiesenen Kosten abgezogen.

⁴ Bei Anwendung von Artikel 14 Absatz 5 ELG⁴⁾ gilt Absatz 3 sinngemäss.

§ 11 Im Ausland entstandene Krankheits- und Hilfsmittelkosten

¹ In der Schweiz entstandene Krankheits-, Behinderungs- und Hilfsmittelkosten werden vergütet.

² Im Ausland entstandene Kosten werden ausnahmsweise vergütet, wenn sie während eines Auslandsaufenthaltes notwendig werden oder wenn die medizinisch indizierten Massnahmen nur im Ausland durchgeführt werden können.

³ Im Ausland entstandene Kosten für Badekuren und Rekonvaleszenzaufenthalte werden nicht vergütet.

⁴ Wird ein nicht leihweise abzugebendes Hilfsmittel im Ausland angeschafft, so ist der in der Schweiz hierfür vorgesehene Preis massgebend, sofern er offensichtlich niedriger ist.

3.2 Kosten für Kostenbeteiligungen, Zahnarzt, Ernährung und Kuren *

§ 12 * Kostenbeteiligungen *

¹ Die Beteiligung gemäss Artikel 64 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) an Kosten für Leistungen, welche die obligatorische Krankenpflegeversicherung übernimmt, sowie der Kostenanteil der versicherten Person für ambulante Pflegeleistungen gemäss Artikel 25a Absatz 5 KVG wird vergütet.

3) SR [831.30](#)

4) SR [831.30](#)

§ 13 Versicherung mit wählbaren Franchisen

¹ Wird eine Versicherung mit höherer Franchise gemäss Artikel 93 der Verordnung vom 27. Juni 1995⁵⁾ über die Krankenversicherung (KVV) gewählt, so wird eine Kostenbeteiligung vergütet, die pro Jahr höchstens der Summe aus ordentlicher Franchise und Selbstbehalt gemäss Artikel 103 Absatz 2 KVV entspricht.

§ 14 Zahnbehandlungskosten

¹ Kosten für einfache, wirtschaftliche und zweckmässige Zahnbehandlungen werden vergütet. Vorbehalten bleibt Absatz 3.

² Für die Vergütung ist der Unfall-, Militär- und Invalidenversicherungs-Tarif⁶⁾ (UV/MV/IV-Tarif) über die Honorierung zahnärztlicher Leistungen und der UV/MV/IV-Tarif für zahntechnische Arbeiten massgebend.

³ Liegen die Kosten einer Zahnbehandlung (inkl. Labor) voraussichtlich höher als CHF 3'000, so ist der kantonalen Ausgleichskasse vor der Behandlung ein Kostenvoranschlag einzureichen.

⁴ Die Kostenvoranschläge und Rechnungen sind entsprechend den Tarifpositionen nach UV/MV/IV-Tarif einzureichen.

§ 15 Diätkosten

¹ Ausgewiesene Mehrkosten für ärztlich verordnete, lebensnotwendige Diät für Personen, die weder in einem Heim noch Spital leben, gelten als Krankheitskosten.

² Sie werden als jährlicher Pauschalbetrag von CHF 2'100 vergütet.

§ 16 Kosten von Erholungskuren

¹ Kosten für ärztlich verordnete Erholungskuren werden nach Abzug eines angemessenen Betrages für den Lebensunterhalt vergütet, wenn die Kur in einem Heim oder Spital durchgeführt worden ist.

² Hat ein Kanton die Kosten für den Aufenthalt in einem Heim oder Spital gemäss Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe a ELG⁷⁾ begrenzt, so gilt diese Begrenzung sinngemäss auch für Erholungskuren.

§ 17 Kosten bei vorübergehendem Aufenthalt in einem Heilbad

¹ Kosten für ärztlich verordnete Badekuren werden nach Abzug eines angemessenen Betrages für den Lebensunterhalt berücksichtigt, wenn die versicherte Person während des Kuraufenthaltes unter ärztlicher Kontrolle gestanden hat.

5) SR [832.102](#)

6) Zu beziehen bei der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt, Luzern.

7) SR [831.30](#)

3.2a Kosten für Hilfe und Betreuung wegen Alters, Hinterbliebenenschaft oder Behinderung *

§ 18 Kosten für die Hilfe im Haushalt *

¹ Kosten für die Hilfe im Haushalt werden vergütet, wenn die Hilfe erbracht wird: *

- a. * von Familienangehörigen, die nicht im selben Haushalt wohnen;
- b. * von einer direkt angestellten Person;
- c. * von einem anderen Leistungserbringer.

² Die Vergütungen betragen pro Haushalt: *

- a. * im Falle von Absatz 1 Buchstabe a bis CHF 25 pro Stunde;
- b. * im Falle von Absatz 1 Buchstabe b bis CHF 25 pro Stunde zuzüglich der Kosten für die obligatorischen Sozialversicherungen (AHV/IV/EO/ALV/UVG);
- c. * im Falle von Absatz 1 Buchstabe c bis CHF 27.90 pro Stunde;
- d. * in allen Fällen höchstens CHF 5'500 pro Kalenderjahr.

³ Im Falle von Absatz 2 Buchstabe b werden die Kosten für die obligatorischen Sozialversicherungen direkt an den entsprechenden Träger der Sozialversicherungen überwiesen. *

⁴ ... *

⁵ ... *

⁶ ... *

⁷ ... *

§ 18a * ...

§ 19 Kosten für die Betreuung zuhause *

¹ Kosten für die Betreuung, die zuhause erbracht wird, werden nach Massgabe der §§ 19a bis 19c vergütet. *

² ... *

§ 19a * Betreuung durch Familienangehörige

¹ Wird die Betreuung gemäss § 19 durch eine familienangehörige Person erbracht, werden die Kosten nur vergütet, wenn die Person:

- a. nicht in der EL-Berechnung eingeschlossen ist; und
- b. durch die Betreuung eine länger dauernde, wesentliche Erwerbseinbusse erleidet.

² Die Kosten werden im Umfang des Erwerbsausfalls vergütet, jedoch höchstens nach Massgabe des anrechenbaren Höchstlohnes gemäss der Unfallversicherungsgesetzgebung⁸⁾.

§ 19b * Betreuung durch direkt angestellte Betreuungspersonen

¹ Wird die Betreuung gemäss § 19 durch eine direkt angestellte Betreuungsperson erbracht, werden Bezügerinnen und Bezüger einer Hilflosenentschädigung für schwere oder mittelschwere Hilflosigkeit die Kosten nach Angemessenheit vergütet, jedoch nur für denjenigen Teil der Betreuung, der nicht durch eine Spitex-Organisation erbracht werden kann.

§ 19c * Betreuung durch andere Leistungserbringer

¹ Wird die Betreuung gemäss § 19 durch einen anderen als in den §§ 19a oder 19b bezeichneten Leistungserbringer erbracht, werden die Kosten nach Angemessenheit vergütet.

§ 19d * Kosten für die Betreuung in Tages- oder Nachtstrukturen

¹ Kosten für die Betreuung, die in Tages- oder Nachtstrukturen erbracht wird, werden nach Angemessenheit vergütet.

3.2b Kosten für Betreuung und Pflege wegen Behinderung, spezielle Bestimmungen *

§ 20 Kosten für die Betreuung *

¹ Kosten für die Betreuung durch einen Leistungserbringer, der gemäss § 27 des Behindertenhilfegesetzes⁹⁾ anerkannt ist, werden im Umfang der nicht personalen Leistungen vergütet. *

a. * ...

b. * ...

² Keine Vergütung erfolgt, wenn die Kosten durch Kantonsbeiträge gemäss der Behindertenhilfegesetzgebung vergütet werden. *

³ Der Höchstbetrag gemäss Art. 14 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer 1 ELG¹⁰⁾ beträgt CHF 60'000. *

§ 21 * ...

8) Art. 22 Abs. 1 UVV, SR [832.202](#)

9) Gesetz vom 29. September 2016 über die Behindertenhilfe, GS 2016,071, SGS [853](#).

10) SR [831.30](#)

§ 21a * Kosten für die Pflege in IFEG-Institutionen

¹ Kosten für die Pflege in Institutionen, die gemäss Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006¹¹⁾ über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) anerkannt sind, werden vergütet, wenn:

- a. die Pflegeleistungen durch einen KVG-anerkannten Leistungserbringer erbracht werden;
- b. die Kosten aus der Behindertenhilfe ausgeschieden sind; und
- c. die Leistungen infolge Alter, Invalidität, Unfall oder Krankheit notwendig sind.

3.2c Kosten für Transport *

§ 22 Transportkosten

¹ Ausgewiesene Transportkosten werden vergütet, soweit sie in der Schweiz durch einen Notfalltransport oder durch eine notwendige Verlegung entstanden sind.

² Vergütet werden auch ausgewiesene Kosten für Transporte zum nächstgelegenen medizinischen Behandlungsort. Vergütet werden die Kosten, die den Preisen der öffentlichen Transportmittel für Fahrten auf dem direkten Weg entsprechen. Ist die versicherte Person wegen ihrer Behinderung auf die Benützung eines andern Transportmittels angewiesen, so werden diese Kosten vergütet.

³ Tagesstrukturen gemäss § 21 sind den medizinischen Behandlungsorten gemäss Absatz 2 gleichgestellt.

⁴ Bei Personen mit Behinderung in anerkannten Heimen, die für den Transport zu und von Werkstätten und Tagesstätten auf private Anbieter für Behinderten Transporte angewiesen sind, werden diese Kosten vergütet, sofern eine Bewilligung des Leistungsbezugs gemäss § 14 BHG für den Aufenthalt in der Werk- oder Tagesstätte vorliegt. Der Höchstbetrag gemäss Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe b ELG wird in diesen Fällen auf CHF 25'000 erhöht. *

3.3 Kosten für Hilfsmittel und Hilfsgeräte *

§ 23 Anspruch

¹ Bezüger von Ergänzungsleistungen haben im Rahmen vom Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe f ELG¹²⁾ Anspruch auf die Vergütung der Anschaffungskosten oder der Miete der im Anhang aufgeführten Hilfsmittel oder Hilfsgeräte (Pflegehilfsgeräte und Behandlungsgeräte). Für die im Anhang mit einem Stern (*) bezeichneten Hilfsmittel und Hilfsgeräte werden nur die Mietkosten vergütet.

11) SR [831.26](#)

12) SR [831.30](#)

² Bezüger von Ergänzungsleistungen haben zudem Anspruch auf eine Vergütung in Höhe eines Drittels des Kostenbeitrages der AHV bei Hilfsmitteln,

- a. die im Anhang zur Verordnung vom 28. August 1978¹³⁾ über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung aufgeführt sind; und
- b. an welche die AHV einen Kostenbeitrag geleistet hat.

³ Vergütet werden ferner die Kosten für Ersatzteile und Behelfe, die im Rahmen eines chirurgischen Eingriffes eingesetzt werden.

⁴ Ein Anspruch auf Vergütung der Kosten besteht nur, soweit die Hilfsmittel nicht aufgrund der Bestimmungen der AHV, der IV oder der Krankenversicherung abgegeben werden. Die Hilfsgeräte gemäss Anhang werden nur für die Hauspflege leihweise abgegeben.

⁵ Die Anschaffungs- oder Mietkosten werden vergütet, sofern die Ausführung des Hilfsmittels einfach und zweckmässig ist.

⁶ Für die Vergütung der Reparatur-, Anpassungs-, Erneuerungs- und Gebrauchstrainingskosten gelten sinngemäss die Vorschriften der Invalidenversicherung.

§ 24 Abklärung

¹ Wo es zweifelhaft erscheint, ob ein Hilfsmittel oder Hilfsgerät notwendig oder dessen Ausführung einfach und zweckmässig ist, hat die oder der Versicherte die Bescheinigung einer Ärztin oder eines Arztes, einer Spezialstelle für Invalidenhilfe oder einer Beschäftigungstherapiestelle beizubringen.

² Bei Hörapparaten muss die Notwendigkeit und Zweckmässigkeit des Gerätes von einer von der Invalidenversicherung für die Begutachtung von Hörmitteln anerkannten Expertenperson bescheinigt sein.

³ Die Kosten für die Abklärungen gelten als Kosten im Sinne von Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe f ELG¹⁴⁾.

4 Schlussbestimmungen

§ 25 Aufhebung bisherigen Rechts

¹ Es werden aufgehoben:

- a. die Verordnung vom 23. Dezember 1997¹⁵⁾ über die Einführung eines Freibetrages für selbstbewohnte Liegenschaften bei der Vermögensanreicherung bezüglich Abklärung des Ergänzungsleistungsanspruches,
- b. die Verordnung vom 2. März 1999¹⁶⁾ zum Ergänzungsleistungsgesetz zur AHV und IV.

13) SR [831.135.1](#)

14) SR [831.30](#)

15) GS 32.1092, SGS 833.22

16) GS 33.631, SGS 833.11

§ 26 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
18.12.2007	01.01.2008	Erlass	Erstfassung	GS 36.0471
16.09.2008	01.10.2008	§ 8 Abs. 1, lit. a.	geändert	GS 36.773
16.09.2008	01.10.2008	§ 18 Abs. 7	eingefügt	GS 36.773
22.02.2011	01.01.2011	§ 4	totalrevidiert	GS 37.393
22.02.2011	01.01.2011	§ 9	totalrevidiert	GS 37.393
22.02.2011	01.01.2011	§ 12	totalrevidiert	GS 37.393
22.02.2011	01.01.2011	§ 18 Abs. 5	geändert	GS 37.393
22.02.2011	01.01.2011	§ 18 Abs. 6	geändert	GS 37.393
22.02.2011	01.01.2011	§ 21 Abs. 3	geändert	GS 37.393
04.12.2012	01.01.2013	§ 1 Abs. 2	geändert	wg. GS 37.1145
06.12.2016	01.01.2017	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 18 Abs. 3	geändert	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 18 Abs. 5, lit. b.	geändert	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 18 Abs. 5, lit. c.	eingefügt	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 18 Abs. 7	geändert	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 18a	eingefügt	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 21	aufgehoben	GS 2016.072
06.12.2016	01.01.2017	§ 22 Abs. 4	eingefügt	GS 2016.072
09.05.2017	01.07.2017	§ 6	Titel geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 6 Abs. 2	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 6 Abs. 3	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 10 Abs. 1	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 10 Abs. 2	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 10 Abs. 2 ^{bis}	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	Titel 3.2	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 12	Titel geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	Titel 3.2a	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18	Titel geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 1	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 1, lit. a.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 1, lit. b.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 1, lit. c.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 2	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 2, lit. a.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 2, lit. b.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 2, lit. c.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 2, lit. d.	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 3	geändert	GS 2017.027

Beschluss	Inkraft seit	Element	Wirkung	Publiziert mit
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 4	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 5	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 6	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18 Abs. 7	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 18a	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19	Titel geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19 Abs. 1	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19 Abs. 2	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19a	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19b	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19c	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 19d	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	Titel 3.2b	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 20	Titel geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 20 Abs. 1	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 20 Abs. 1, lit. a.	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 20 Abs. 1, lit. b.	aufgehoben	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 20 Abs. 2	geändert	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 20 Abs. 3	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	§ 21a	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	Titel 3.2c	eingefügt	GS 2017.027
09.05.2017	01.07.2017	Titel 3.3	geändert	GS 2017.027

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
Erllass	18.12.2007	01.01.2008	Erstfassung	GS 36.0471
§ 1 Abs. 2	04.12.2012	01.01.2013	geändert	wg. GS 37.1145
§ 4	22.02.2011	01.01.2011	totalrevidiert	GS 37.393
§ 6	09.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	GS 2017.027
§ 6 Abs. 2	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 6 Abs. 3	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 8 Abs. 1, lit. a.	16.09.2008	01.10.2008	geändert	GS 36.773
§ 9	22.02.2011	01.01.2011	totalrevidiert	GS 37.393
§ 10 Abs. 1	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 10 Abs. 2	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 10 Abs. 2 ^{neu}	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
Titel 3.2	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 12	22.02.2011	01.01.2011	totalrevidiert	GS 37.393
§ 12	09.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	GS 2017.027
Titel 3.2a	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18	09.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	GS 2017.027
§ 18 Abs. 1	06.12.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.072
§ 18 Abs. 1	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 18 Abs. 1, lit. a.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 1, lit. b.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 1, lit. c.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 2	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 18 Abs. 2, lit. a.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 2, lit. b.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 2, lit. c.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 2, lit. d.	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 18 Abs. 3	06.12.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.072
§ 18 Abs. 3	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 18 Abs. 4	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 18 Abs. 5	22.02.2011	01.01.2011	geändert	GS 37.393
§ 18 Abs. 5	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 18 Abs. 5, lit. b.	06.12.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.072
§ 18 Abs. 5, lit. c.	06.12.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.072
§ 18 Abs. 6	22.02.2011	01.01.2011	geändert	GS 37.393
§ 18 Abs. 6	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 18 Abs. 7	16.09.2008	01.10.2008	eingefügt	GS 36.773
§ 18 Abs. 7	06.12.2016	01.01.2017	geändert	GS 2016.072
§ 18 Abs. 7	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027

Element	Beschluss	Inkraft seit	Wirkung	Publiziert mit
§ 18a	06.12.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.072
§ 18a	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 19	09.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	GS 2017.027
§ 19 Abs. 1	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 19 Abs. 2	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 19a	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 19b	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 19c	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 19d	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
Titel 3.2b	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 20	09.05.2017	01.07.2017	Titel geändert	GS 2017.027
§ 20 Abs. 1	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 20 Abs. 1, lit. a.	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 20 Abs. 1, lit. b.	09.05.2017	01.07.2017	aufgehoben	GS 2017.027
§ 20 Abs. 2	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027
§ 20 Abs. 3	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 21	06.12.2016	01.01.2017	aufgehoben	GS 2016.072
§ 21 Abs. 3	22.02.2011	01.01.2011	geändert	GS 37.393
§ 21a	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
Titel 3.2c	09.05.2017	01.07.2017	eingefügt	GS 2017.027
§ 22 Abs. 4	06.12.2016	01.01.2017	eingefügt	GS 2016.072
Titel 3.3	09.05.2017	01.07.2017	geändert	GS 2017.027